

Selbstorganisation und Repräsentation: MigrantInnen als politisch Handelnde

Politische Mobilisierungen erfordern sowohl auf individueller wie kollektiver Ebene Prozesse der Subjektkonstitution und der Organisierung. Wie wird unter (irregulären) MigrantInnen individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit hergestellt? Welche Schwierigkeiten müssen überwunden werden und inwiefern steht die Handlungsfähigkeit im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kontextstrukturen?

Es ist für das Verständnis von politischen Mobilisierungen wichtig, die Ebenen der Subjekte und Strukturen nicht zu trennen. Der Ansatz gesellschaftlicher Kontextstrukturen fasst Organisierungsprozesse als Teil der internen Mobilisierungsstruktur einer Bewegung, als abhängige Variablen, die die »Art und Stärke einer Bewegung« (Rucht 1994: 312) ausmachen. Wie die folgenden Ausführungen zeigen, sind diese Subjektivierungs- und Organisierungsprozesse auf vielfache Weise mit den als unabhängigen Variablen bezeichneten politischen Kontextstrukturen vermittelt. Die Offen- oder Geschlossenheit des Systems der Interessenvermittlung, die AusländerInnengesetzgebung, der ethnisch und geschlechtlich segregierte Arbeitsmarkt etc. beeinflussen Form und Möglichkeiten politischer Mobilisierung. Anhand verschiedener Gruppen, Drittstaatsangehörige in der EU, in Privathaushalten irregulär beschäftigte Frauen sowie Flüchtlinge auf dem Weg nach Großbritannien, werden in diesem Kapitel diese Prozesse analysiert. Gerade die Unterschiede zwischen den Gruppen lassen bestimmte Aspekte, insbesondere Konfliktpotenziale, klarer heraustreten.

Dieses Kapitel stellt damit die Verbindung her zwischen den vorangehenden und den folgenden und schließt die Lücke, wie politische Mobilisierungen von MigrantInnen verlaufen. Bis hierhin standen weniger die Selbstorganisationsprozesse als ihre Bedingungen im Mittelpunkt. In

den folgenden zwei Kapiteln wird anhand der beiden empirischen Fallstudien die politische Handlungsfähigkeit an konkreten Konflikten und Themen analysiert.

Im ersten Teil dieses Kapitels zeige ich anhand des RESPECT-Netzwerks auf individueller und kollektiver Ebene Strategien der erfolgreichen Herstellung von Handlungsfähigkeit irregulärer Migrantinnen auf. Diese Frage ist für die Gesamtfragestellung der Arbeit von großer Relevanz, wenn es darum geht, zu erklären, wie irreguläre MigrantInnen trotz einer relativ geschlossenen politischen Kontextstruktur erfolgreiche politische Mobilisierungen initiieren. Im zweiten Teil betrachte ich anhand zweier Fälle, erstens dem *European Union Migrants Forum* und zweitens zweier Gruppen von irregulären MigrantInnen in Sangatte und Lille, wie es zu Spaltungen und Konflikten, insbesondere entlang ethnischer und nationalitätsbezogener Linien kommt. Das *European Union Migrants Forum* wurde aufgrund seiner politischen Relevanz gewählt. Bis zu seiner Auflösung Ende 2000 war es die einzige offiziell durch die Europäische Kommission anerkannte Interessenvertretung der Drittstaatsangehörigen in der EU. Die hier skizzierten Konflikte trugen maßgeblich zum Scheitern des Dachverbandes bei. Das zweite Fallbeispiel, eine politische Kontroverse zwischen zwei Gruppen irregulärer MigrantInnen in Sangatte und Lille, greift ebenfalls den (möglichen) Zusammenhang zwischen ethnischer Organisierung und nationalistischer Politik auf und thematisiert weitergehend welche Legitimationen irreguläre MigrantInnen für ihre politischen Anliegen vorbringen. Die drei betrachteten Fälle stehen somit für verschiedene Aspekte der Möglichkeiten und Grenzen von Politisierung, Organisierung und der Kooperation zwischen Personen verschiedener nationaler oder ethnischer Herkunft.

Handlungsfähig werden

Die soziale und politische Selbstorganisierungen von MigrantInnen wird durch einer Reihe von persönlichen und strukturellen Schwierigkeiten erschwert. Die Schwierigkeiten bestehen nur zu einem geringen Teil aus expliziten politischen Gegenmobilisierungen (z.B. rechtsradikale Parteien und Bewegungen), vielmehr sind sie institutioneller und gesamtgesellschaftlicher Art. In Ausländergesetzen enthaltene Beschränkungen der Ausübung von politischen Organisations- und Artikulationsrechten (z.B. Vereins-, Demonstrationsrecht, Einschränkung der Bewegungsfreiheit) und deren (geheimdienstliche) Überwachung lassen viele MigrantInnen zögern, politisch aktiv zu sein. Manuela Bojadžijev hebt hervor, dass für alle Nichteingebürgerten die potenzielle Gefahr der Aus-

weisung die Möglichkeiten politischen Handelns und ihre Zukunftsentwürfe bestimmt (Bojadžijev 2002: 137).¹ Strukturelle Ausschlüsse, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen, begrenzter Zugang zu Ressourcen (finanziellen Mittel, Räumen o.ä.) und aufgrund prekärer Erwerbsarbeitsbedingungen wenig freier Zeit stehen einer Organisierung entgegen. Die Barrieren verweisen auf die spezifische Situation von MigrantInnen, insbesondere MigrantInnen ohne verfestigten Aufenthaltsstatus bzw. ohne gültige Dokumente.

Trotz der Barrieren entwickeln MigrantInnen politische Handlungsfähigkeit, *empowerment* wird dabei von vielen Organisationen als Schlüssel verstanden. Die *Commission for Filipino Migrant Workers* (CFMW), deren europäische Sektion Mitglied im RESPECT-Netzwerk ist, legte für eine Regionalkonferenz in Asien einen Katalog vor, der ihre Kriterien für »empowered migrant workers« enthält:

»They are able to develop and determine the strategies that will change and transform their living and working conditions. [...] They are organised as a sector. They know their rights and campaign for them. They are able to link their own agenda to the realities of other migrants [...]. They have developed the skills to document their own situation [...] and to speak publicly about their situation. They are able to take the initiative to organise activities, symposium, and social gatherings« (CFMW 2000: 2).

Das Ziel gemeinsamer Anstrengungen liegt in der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die wichtigsten Aspekte des *empowerment* berühren somit zwei Ebenen: die persönliche Ebene und die Entwicklung und Koordination organisatorischer Fähigkeiten. Dieses Konzept von *empowerment* ähnelt dem wie es in der zweiten Frauenbewegung verstanden und von der US-amerikanischen Frauenforscherin Jill Bystydzienski konzeptionalisiert wird: »Empowerment is [...] a process by which oppressed persons gain some control over their lives by taking part with others in development of activities and structures that allow people increased involvement in matters which affect them directly. In its course people become enabled to govern themselves effectively« (Bystydzienski 1992: 3). Es werden Grenzen zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre aufgebrochen, die Erfahrungen des Individuums können als geteilte Unrechtserfahrungen einer Gruppe wahrgenommen werden. Damit werden Erfahrungen zur Grundlage kollektiven Handelns und zuvor unhinterfragte oder hingenommene Lebensbedingungen werden als veränderbar wahrgenommen. So kann – wie die Frauen-

1 Die deutsche migrationspolitische Debatte im Frühjahr 2006 bestätigt diese Einschätzung. Viele PolitikerInnen schlugen vor, Einbürgerungen bei »verweigter« Integration o.ä. zurückzunehmen.

bewegungen gezeigt haben – auf Grundlage der Politisierung von Erfahrung gesellschaftlicher Wandel erzeugt werden. Der im *empowerment* enthaltene Begriff der Macht wird von den Bewegungen in der Regel nicht als Herrschaftsmittel verstanden, sondern als Ermächtigung. Allerdings kann Ermächtigung auch in eine Herrschaftsausübung über andere Personen übergehen (vgl. Yuval-Davis 1994: 181).

Politische Mobilisierungen als kollektive Prozesse beruhen auf der Aktivität jedes einzelnen Individuums. Dennoch unterscheide ich zunächst zwischen individuellen und kollektiven Wegen der Herstellung von Handlungsfähigkeit, um die Reichweite und die Implikationen für politische Mobilisierungen zu bestimmen.

Individuelle Handlungsfähigkeit

Die Migrationserfahrungen und Identitäten vieler in Privathaushalten arbeitenden MigrantInnen sind von einer »contradictory class mobility« (Parreñas 2001) gekennzeichnet. Sie verfügen zum Teil über qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse, ihr soziales und berufliches Profil als Hausangestellte entspricht dem jedoch nicht. Sie sind aufgrund ihres irregulären Status und des Arbeitsmarktes nicht in der Lage ihrer Qualifikation entsprechend erwerbstätig zu sein, weder im Herkunfts- noch im Einwanderungsland. MigrantInnen, die zuvor beispielsweise als Lehrerinnen tätig waren, erleben eine Umkehrung der Hierarchie- und Anweisungsbeziehungen. Zugleich ermöglicht ihr – im Vergleich zum Herkunftsland hohes – Einkommen ihnen dort eine soziale Aufwärtsmobilität. Kyoko Shinozaki hat die Aushandlungsstrategien auf individueller Ebene von in Deutschland lebenden philippinischen HaushaltssarbeiterInnen analysiert (Shinozaki 2005). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Aushandlungs- und Hierarchisierungsprozesse insbesondere gegenüber den ArbeitgeberInnen und anderen HaushaltssarbeiterInnen ausgetragen werden. Beispielsweise überträgt die Haushaltssangestellte den hohen sozialen und ökonomischen Status ihrer ArbeitgeberInnen auf sich selbst und setzt ihn zur Profilierung in der Beziehung gegenüber anderen Hausangestellten ein. Ein anderer Weg ist ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber den ArbeitgeberInnen und die Betonung der Kompetenzen und Zuständigkeiten im Haushalt, das die Machtverhältnisse neu strukturiert. Das Arbeitsverhältnis zu kündigen wird von einigen der Hausangestellten nicht als Niederlage erlebt, sondern als Ausdruck der eigenen Stärke – die ArbeitgeberInnen sollen selbst zusehen, wie sie mit dem Haushalt ohne sie zurecht kommen. Eine weitere Verarbeitungsstrategie besteht in der »manipulation of affection« (Shinozaki 2005). Mit der Zuneigung der im Haushalt lebenden Kinder übernimmt die Hausange-

stellte die Rolle sozialer Mutterschaft, durch die sie sich als Teil der Familie fühlt und es nicht für nötig empfindet, Widerspruch gegen die Arbeitsbedingungen zu erheben. Da sie in diesem Fall die Arbeit nicht als Erwerbsarbeit, sondern als Familienarbeit deutet, entwertet die Tätigkeit im Privathaushalt ihre eigentliche professionelle Ausbildung nicht. Kimberly Chang und L. H. M. Ling identifizieren in ihrer Analyse philippinischer Haushaltssarbeiterinnen in Hong Kong vier weitere individuelle Verarbeitungsstrategien des Umgangs mit sexualisierten und rassistischen Stereotypen, die mit der Erwerbsarbeit einhergehen. Von vielen Filipinas werde ein romantizierender Konservatismus in Bezug auf Religiosität, Familie und Herkunftsland entwickelt (Chang/Ling 2000: 38ff.). Die erste Strategie besteht darin, sich als Dienerin Gottes zu begreifen und nicht als Dienerin der ArbeitgeberInnen. Mit der zweiten Strategie, der Betonung ihrer Identität als Ehefrauen und Mütter, wehren sie sexuelle Übergriffe und Ansprüche von Arbeitgebern ab und stellen die mütterliche Identität gegen das sexualisierte Bild der Dienstleisterin. Eine dritte Strategie ist die soziale und sexuelle Alternative des *tomboyism*.² Einige Filipinas entwickeln in der Migration eine homosexuelle Identität, tragen Männerkleidung, verhalten sich ›männlich‹ und unterhalten sexuelle Beziehungen zu anderen Filipinas. Eine vierte Strategie ist der Bezug auf eine nationale Identität der im Ausland arbeitenden Filipinas, von denen das ökonomische Schicksal des Landes und der dort lebenden Familien abhängt (ebd.: 39).

Auf der Mikroebene gibt es somit eine Reihe von Strategien, mit den Dilemmata der professionellen Dequalifizierung, Deklassierung und Sexualisierung umzugehen und selbstbewusste und moralische Subjektpositionen zu entwerfen. Nicht alle Migrantinnen entwickeln Strategien gegen die eigene Marginalisierung bzw. Wahrnehmung derselben. Auch bedeuten diese Strategien nicht die Überwindung von mit dem Aufenthaltsstatus und den Lebens- und Arbeitsbedingungen verbundenen Problemen, zum Teil werden diese sogar negiert, um weiter mit ihnen leben zu können. Es stellt sich somit die Frage nach der kollektiven Handlungsfähigkeit und einem breiteren Ansatz zur gesellschaftlichen Veränderung der Bedingungen, die zur Marginalisierung führen.

Kollektive Handlungsfähigkeit

Um den kollektiven Prozessen nachzuspüren, bietet sich das RESPECT-Netzwerk sowie die in ihm aktiven Mitgliedsgruppen als Beispiel an, weil

2 *Tomboyish* heißt übersetzt wild/ausgelassen, hat aber eine sexualisierte Konnotation und bezeichnet (lesbische) Frauen, die ›männlich‹ auftreten.

sie Prozesse bewusst in Gang gesetzt haben und diese reflektiert werden. Ich möchte fünf dieser Strategien aufzeigen: erstens die Transformation sozialer in politische Netzwerke, zweitens die Politisierung von Alltags erfahrungen, drittens der reflektierte Umgang mit (strategischen) Identitäten und Selbstbildern sowie der (De-)Thematisierung von Migrations kontexten, viertens die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Migrantinnen und Kampagnen- bzw. Unterstützungsorganisationen sowie fünftens die Zusammenarbeit zwischen Migrantinnen unterschiedlicher ethnischer, nationaler und sozialer Herkunft.

Das RESPECT-Netzwerk verfolgt einen Ansatz der zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene vermittelt. Es betrachtet die Steigerung des individuellen Selbstbewusstseins unter den Migrantinnen als wesentliche Bedingung zur Entwicklung weitergehender politischer Forderungen und einer Solidarisierung unter den Migrantinnen. »It's no use to change laws [...] when you have basically women who don't make use of it, when the self-esteem is completely down« (Interview mit RESPECT/Solidar, 28.11.2000). Das Netzwerk setzt an der Transformation sozialer in politische Netzwerke und der Politisierung von Alltagserfahrungen an. In Großstädten, in denen viele Hausangestellte arbeiten, treffen sie sich zumeist sonntags, dem einzigen freien Tag, in Parks, Kirchen oder auf Plätzen. Gerade für Haushaltssarbeiterinnen ist es wichtig, die Isolation des Privathaushalts zu überwinden. Die zeitweise bis zu fünftausend Mitglieder starke, in London ansässige Migrantinnenorganisation *Waling-Waling* mietet eigene Räume an, deren Miete die Mitglieder bewusst selbst finanzieren, um einen *eigenen* Ort zu haben, über den die meisten der als *live-ins* in den Haushalten lebenden Migrantinnen nicht verfügen. Die Treffpunkte sind Ort der Selbsthilfe, Ausgangspunkt vielfältiger Aktivitäten und sozialer Kontakte, es werden Erfahrungen und Wissen über Rechte ausgetauscht und Arbeitsplätze vermittelt.

»The organisation of domestic workers themselves, they were the ones who gave the support to the new people running away.³ So if somebody would run away and they come to the center, Kalayaan would provide legal advice, explain what the situation was. And one from the domestic workers' organisation would come and take her, to find accommodation, look after finding a job, showed how using the public transport, all of that. And they would also give them a loan, that even if they were staying with other Indian or Filipino domestic workers, that they were at least be able to contribute to the house, to the

3 Einige tausend Migrantinnen, die als Haushaltssangestellte mit ihren ArbeitgeberInnen vor allem aus dem Nahen Osten nach Großbritannien gekommen sind und misshandelt wurden, flohen aus den Haushalten der ArbeitgeberInnen, oft ohne ihre Pässe (vergleiche Kapitel »Ambivalenzen einer Kampagne von Haushaltssarbeiterinnen«).

food whatsoever. Also to give them a bit of self-respect» (Interview mit Kalayaan-Mitbegründerin, 20.1.2002).

Aus dem sozialen Netzwerk erwächst auch die politische Arbeit. Gemeinsam werden von den Migrantinnen Forderungen erarbeitet und politische Strategien entwickelt, die dann in die Arbeit des gesamten Netzwerks münden oder von Organisationen wie *Kalayaan*, einer Kampagnenorganisation, in der Migrantinnen und Unterstützerinnen gemeinsam arbeiten, bearbeitet werden. Die inhaltliche Grundlage des Netzwerks, die Rechtscharta für Hausangestellte (RESPECT 2000), wurde beispielsweise in einem Konsultationsprozess von Haushaltarbeiterinnen und *Au-Pairs* in sechs europäischen Ländern entworfen (CFMW/ RESPECT 2000: 2). Ziel der breiten Konsultationen war es, möglichst viele Erfahrungen in die Forderungen und Ziele der Charta und des Netzwerks einfließen zu lassen und der Charta nicht nur eine akklamatorische Legitimation von Betroffenen zu verleihen.

Auch für andere politische Mobilisierungen von MigrantInnen wurde die Bedeutung des Alltags für Organisierung und Widerstand herausgearbeitet, etwa für die ›GastarbeiterInnen‹ in den 1970er Jahren in Deutschland (vgl. Bojadžijev 2002). Der Aufbau einer sozialen, ökonomischen und kulturellen Infrastruktur trug zur Entwicklung einer gewissen Autonomie der politischen Arbeit und Lebenssituation bei.

Politische Mobilisierungen sind zumeist mit der Herausbildung und Betonung von spezifischen Identitäten verbunden. Beim RESPECT-Netzwerk ist diese nicht einheitlich. Die Spannbreite reicht von der Ablehnung der Identität als Hausarbeiterinnen bis hin zu deren Hervorhebung. Von philippinischen Selbstorganisationen wird die Identität der starken, selbstbewussten MigrantInnen propagiert, die sich ihrer ökonomischen und sozialen Bedeutung für Herkunfts- und Zielland bewusst sind: »Migrants in Europe are fully aware of the substantial contribution we as migrants make to the Philippines – to our families as well as to the economy« (CFMW 2000: 5). Diese Perspektive der MigrantInnenorganisationen ist dem hohen Bevölkerungsanteil (ca. zehn Prozent der Gesamtbevölkerung) und seiner gesellschaftlichen Relevanz geschuldet, der in Übersee lebt. Angerufen wird diese Identität auch von der philippinischen Regierung (›MigrantInnen als Helden‹), die ein vitales ökonomisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Verbindung zu ihren Staatsangehörigen hat und sich im Vergleich zu anderen Staaten für die Interessen von MigrantInnen einsetzt (vgl. Rodríguez 2002). Die philippinischen MigrantInnen verstehen sich in der Regel als *ArbeitsmigrantInnen* und die philippinischen MigrantInnenorganisationen waren lange klassenkämpferisch orientiert. Da gut zwei Drittel der philippinischen ArbeitsmigrantInnen in Europa Frauen sind, spielt die geschlechtsspezi-

fische Komponente ebenfalls eine wichtige Rolle. Sexualisierte Gewalt, Verantwortung für Kinder und transnationale Elternschaft (vgl. Shinozaki 2003) und die Schwierigkeiten der Partnersuche bzw. von (bi-nationalen) Paaren (vgl. Beer, B. 1996) sind u.a. wichtige Aspekte. Bei anderen Migrantinnen, die im RESPECT-Netzwerk organisiert sind, ist das Selbstverständnis als ArbeitsmigrantIn nicht so offensiv ausgeprägt. Durch den Akt der Migration werden Menschen zu MigrantInnen. Wenn der Aufenthalt aber zunächst nicht auf Dauer angelegt ist, sehen sich viele nicht als MigrantInnen, folglich schließen sie sich nicht unbedingt einer MigrantInnenorganisation an. Und wenn die Tätigkeit wie im Fall der Haushaltssarbeiterinnen mit einem niedrigen sozialen Status verbunden ist, der nicht der eigentlichen Ausbildung entspricht, kann es auch zur aktiven Ablehnung einer Bewegung führen, die für die Rechte von Hausangestellten eintritt. In Deutschland gibt es vor allem unter den polnischen Pendelmigrantinnen, die in Privathaushalten arbeiten, große Vorbehalte gegenüber einer Organisierung als Hausangestellte. Um beiden Varianten gerecht zu werden, fordert das RESPECT-Netzwerk sowohl die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüssen als auch die Anerkennung von Haushaltssarbeit als Arbeit und folglich spezifische Arbeitsvisa für Haushalts- und Pflegearbeit.

Mit politischer Veränderung kann sich auch das Selbstverständnis einer Bewegung und der in ihr engagierten Migrantinnen wandeln. Das britische Beispiel von *Waling-Waling* zeigt den engen Zusammenhang von Anerkennung, Identität und Namensgebung auf:

»Waling-Waling is a Filipino word, is a flower. It grows in the very cold part of the mountains. They describe themselves as a Waling-Waling because they say, that they always hide to the authorities because they become undocumented when they left their employer. And that's why they call themselves *Waling-Waling* [...] It's very seldom you see it« (Interview mit Kalayaan/United Worker's Association, 20.1.2002).

Nachdem *Waling-Waling* zusammen mit anderen Organisationen nach gut zehn Jahren intensiver Kampagnenarbeit eine Gesetzesänderung und die Legalisierung von Haushaltssangestellten, die von ihren ArbeitgeberInnen weggelaufen sind, erreicht hat, hat dies Auswirkungen auf ihr Selbstbewusstsein, welches sich in der Umbenennung ihrer Organisation spiegelt:

»It was in 1998. [...] They said ›oh we gonna be legal all‹ [...], and they said we're not a Waling-Waling any more, we will not be undocumented. And what they did is to change the name to *United Worker's Association*« (Interview mit Kalayaan/United Workers' Association, 20.1.2002).

An diesen kurSORischen Ausführungen zur Herausbildung unterschiedlicher Selbstverständnisse und Identitäten wird deutlich, dass die Herstellung eines positiven Bezugs auf Migration mit der Anerkennung der ökonomischen und sozialen Rolle der MigrantInnen einhergeht. Dieses Ergebnis deckt sich nicht mit einigen Forschungsarbeiten, in denen als mögliche starke positive Identität für Drittstaatsangehörige in der Europäischen Union die der »non-European Europeans« (Kastoryano 1998: 10) herausgearbeitet wurde. In den analysierten Dokumenten und Interviews des RESPECT-Netzwerks gibt es keinen Bezug auf eine migrantisch-europäische Identität, obgleich es sich um ein europäisches Netzwerk handelt. Vielmehr werden soziale Positionierungen und transnationale Zugehörigkeiten herausgestellt und mit Forderungen (z.B. Wahlrecht) versehen.

Im Selbstverständnis des RESPECT-Netzwerks wird die *Selbstorganisation* sowohl im Binnen- wie im Außenverhältnis betont. Gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen wird die Sichtbarkeit und Aktivität von Migrantinnen als besondere Stärke erlebt.

»For example the Transnational Conference at the end of November in Brussels: a room full of sixty women, all black women, all coming from all over the world. I mean, the people from the European Parliament, from the Commission, when they see that, you understand the strength of that network. Very unique you know, migrant women organizing themselves, and especially migrant domestic workers, [...] when people ask what you're doing [...] *femmes de ménage*, they just laugh« (Interview mit RESPECT/Solidar, 28.11.2000).

Innerhalb des Netzwerks betrachten sich Gruppen selbstorganisierter Migrantinnen und Unterstützerinnen als Partner. Das Netzwerk grenzt sich von großen, professionellen *advocacy*-Organisationen ab, in denen Migrantinnen als Arbeitsobjekte gesehen werden und Politik ohne Basisarbeit stattfindet. Aus der spezifischen Zusammensetzung des Netzwerks ziehen die Aktiven die eigene Legitimation.

»[B]ig lobbying organizations, they want to change law. [...] In one of our seminars, it was the example of Ghandi, which is: >what you do for us without us, is against us<. And I like it, it's completely empowerment. I mean, let them speak, first ask what they want« (Interview mit RESPECT/Solidar, 28.11.2000).

Das Absolutsetzen der Position von Betroffenen kann aber auch ungewollt zu einem hierarchischen Verhältnis führen, wenn die Ansichten und Forderungen der Betroffenen keiner kritischen Diskussion unterworfen werden und kein Dialog zwischen Partnern stattfindet. Die Positionen werden dann entweder unhinterfragt von der Gesamtorganisation übernommen oder gelten als authentische Erfahrungen ohne politische Relevanz.

Eine fünfte Strategie der Herstellung politischer Handlungsfähigkeit von irregulären Migrantinnen besteht darin, nicht nur MigrantInnen einer Nationalität zu organisieren. Dies wird vom Netzwerk als besondere Stärke verstanden und unterscheidet es von vielen MigrantInnenorganisationen. Aufgrund der in allen europäischen Ländern und europaweit existierenden starken Organisierung philippinischer MigrantInnen waren insbesondere bei *Kalayaan* zunächst fast ausschließlich Filipinas aktiv. Philippinische MigrantInnenorganisationen organisieren sich sowohl innerhalb der eigenen *community* als auch sehen sie sich als Teil »der MigrantInnen in Europa und weltweit«.

Ein allzu enger Bezug auf die eigene *community* kann zu Problemen führen, dies illustriert der Fall aus einer philippinischen Organisation. Nachdem eine Filipina von einem Landsmann vergewaltigt wurde, wurde die Thematisierung als Verrat an der *community* aufgefasst und von Seiten des Täters mit der Denunziation des irregulären Status des Opfers gedroht (Interview mit CFMW, Women's Programme, 20.1.2002).

Sprache spielt eine wichtige Rolle für gemeinsame Aktivitäten. In London konnten die Migrantinnen verschiedener Herkunft, vor allem aus den Philippinen, Sri Lanka, Indien, Pakistan oder Malaysia, über eine ähnliche frühere Migrationserfahrung und die dort erlernte Sprache zusammenfinden: «It's very funny [...] because most of these migrant domestic workers come from the Middle East, they speak [...] Arabic. And all of them can speak Arabic, [...] and if they are more than one nationality they speak in Arabic» (Interview mit Kalayaan/United Workers' Association, 20.1.2002).

Die Mitglieder des RESPECT-Netzwerks sind zudem »doppelt multinational« zusammengesetzt: zum einen sind die Gruppen bemüht, Personen unterschiedlicher Herkunft, die in Privathaushalten arbeiten, zu organisieren, zum anderen unterscheidet sich die Zusammensetzung der Migrationsbevölkerungen in den einzelnen RESPECT-Mitgliedsländern beträchtlich, so dass das europäische Netzwerk vielfältiger ist, als die einzelnen Mitgliedsgruppen.

»It started to being very Filipino, and then we began to open it for other nationalities. So in Spain it is functioning with Latin Americans because they have a similar pattern, also women migrating alone. In the UK it is also Indian women, Pakistani women, but the new step is like in Germany, in Berlin we're working with Latin American, with Polish women [...]. In Portugal, it's more Cap Verdian and Angolian women. In most of the countries we have now a generation of women who is coming alone« (Interview mit RESPECT/Solidar, 28.11.2000).

Das Verbindende der Mitglieder des RESPECT-Netzwerks ist die berufliche Tätigkeit als Haushaltssarbeiterin und die Tatsache, dass es zu ei-

nem Großteil Frauen sind, die eigenständig migriert sind. Lange galten Frauen von den Philippinen als diejenigen Migrantinnen, auf die diese Charakteristika besonders zutrafen, und aus dieser Situation heraus offen für die Organisierung in philippinischen Frauengruppen war.

»They also tend to be more organized they are also, which is a specificity of their network, this generation of women which have migrated alone. Which came to Europe, no husband, not following or bringing their children, they're migrant women, they're not part of family reunification, really like ›migrants as such‹. And in that case they had more time to get together, they have more this need of community. And they have also more this approach of independence, like when you manage such a big step to leave your country as a women, they also seem to be more open to the issue of empowerment« (Interview mit RESPECT/Solidar, 28.11.2000).

Die multinationale Zusammensetzung des RESPECT-Netzwerks deutet auf Verschiebungen in den Migrationsbewegungen hin, die Zunahme an selbstständig migrierenden Frauen und die Zunahme an Jobs im informellen Sektor privater Haushaltarbeit.

Die vielfältige Verknüpfung von individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit ist für die Arbeit des RESPECT-Netzwerks charakteristisch. Das nun folgende Beispiel des legislativen Theaters beleuchtet eine Praxis des RESPECT-Netzwerks, um diese Verknüpfung zu realisieren.

Forumtheater als Empowerment-Strategie

Eine Methode des RESPECT-Netzwerks, um HaushaltarbeiterInnen zu aktivieren, ist die des Forum-Theaters. Im Gegensatz zur herkömmlichen Bühnentradition greift das Publikum im Stegreif-, Konflikt-, oder Forumtheater aktiv in den Verlauf des Stücks ein und verändert ihn (Feldhendler 1992: 14ff.).⁴ Beim Forumtheater wird in einem ersten Durchgang die unterdrückende Situation gespielt bis sie für die ZuschauerInnen unerträglich wird. Im zweiten Durchgang greifen die ZuschauerInnen direkt in die Handlung auf der Bühne ein, intervenieren an einem Punkt, an dem sie anders handeln würden. Sie betreten die Bühne und ersetzen die leidtragende Person, die anderen SchauspielerInnen agieren weiter und gehen mit der neuen Situation um. Die Intervention kann dem Stück eine Wendung geben, aber auch erfolglos blei-

4 Jacob Levy Moreno (in den 1920er Jahren) mit dem Stegreif- und Konflikttheater und Augusto Boal als Begründer des Theaters der Unterdrückten in Brasilien und Frankreich (seit den 1970er Jahren) sowie die ProtagonistInnen des *Teatro Campesino* in den 1950er Jahren in den USA sind wichtige Entwickler von Methoden, die über die Bewusstbarmachung im Theater zum gesellschaftlichen Eingreifen führen sollen.

ben. »Der Zuschauer, der in einer Forumtheater-Sitzung fähig gewesen ist zu einem Akt der Befreiung, will diesen auch draußen, im Leben vollbringen, nicht nur in der fiktiven Realität des Theaters. Die ›Probe‹ bereitet ihn auf die Wirklichkeit vor« (Boal 1979: 68f.).

Das Forumtheater-Projekt des RESPECT-Netzwerks begann mit einer festen Gruppe von zwanzig Haushaltarbeiterinnen in London, die bei *Kalayaan* oder *Waling-Waling* um Rat suchten, als sie wegen Misshandlung oder schlechten Arbeitsbedingungen ihre ArbeitgeberInnen verließen. Es wurde vom Netzwerk das Ziel formuliert, durch die Theaterworkshops die Fähigkeit der Teilnehmerinnen zu erhöhen, Verhandlungen mit den ArbeitgeberInnen zu führen und sich in Situationen von Ausbeutung und Misshandlung zu behaupten (RESPECT 2002: 12). Für an der Methode interessierte Migrantinnen⁵ wurde ein Raum geschaffen, in dem Erfahrungen aus dem Herkunftsland, die Reise nach Großbritannien, die Arbeit und das Wegrennen aus dem Haushalt der ArbeitgeberInnen artikuliert werden konnten. Aus den Geschichten der Teilnehmerinnen entstand eine Geschichte, *Ana's Story*, in der die verschiedenen Erfahrungen der Haushaltarbeiterinnen eingeflossen sind. Eine Szene aus *Ana's Story* spielt im Herkunftsland, Ana trifft sich mit dem Arbeitgeberhepaar, das sie mit nach London nehmen möchte, wohin die Familie aus beruflichen Gründen umzieht.

»Female Employer: I'm so glad you decided [...] coming to London. [...] You will love it. There won't be too much work. It's a beautiful house and you will have your own room. And of course we'll pay you in pounds. [...]

Ana: Will I get a new contract?

Female Employer: Of course. I'm not going to give you a contract now because I only need you for a few hours, but when we get to England we'll see about sorting all that out. [...] Did you bring your passport? I'm going to need it to sort out your visa.

Ana: Yes. Here it is [hands over her passport].« (RESPECT 2001a: 11f.)

Bei einer Aufführung, an der rund neunzig Personen, Haushaltarbeiterinnen, Mitglieder des RESPECT-Netzwerks und andere teilnahmen (RESPECT 2002), gab es an dieser Stelle verschiedene Interventionen, eine ändert die Handlung wie folgt ab:

»Ana: I'm very happy to work with you, can we write it all down?

Female Employer: Ahh...?

Ana: I was at the embassy and they said...

Female Employer: We will do it for you, or, my husband comes with you.

Ana: I will bring mine, too. And I have friends who have experiences, they could help us« (Mitschrift teilnehmende Beobachtung, London, 20.1.2002).

5 Methoden wie die des Forumtheaters schaffen nicht nur Räume, sondern können ebenso Personen davon abhalten, sich zu artikulieren.

In der auf die Intervention folgenden Diskussion wurden als Faktoren, die einen anderen Verlauf der Szene ermöglichten, herausgestellt, dass Ana die Kontrolle über das Gespräch an sich gezogen hat, sich zuvor über ihre Rechte informiert hat und Dritte in den Prozess einbezog. Auf diese Weise wurden in den Workshops verschiedene Szenen gespielt, verändert und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Nach den positiven britischen Erfahrungen wurden neun der an den Workshops beteiligten Frauen als Multiplikatorinnen ausgebildet, um in anderen europäischen Städten selber Workshops mit Haushaltarbeiterinnen durchführen zu können. Es gab Workshops in Athen, Paris, Madrid und Amsterdam, an denen etwa hundert Haushaltarbeiterinnen und *Au-Pairs* teilnahmen (RESPECT 2001b). Aus der Möglichkeit heraus, andere Hausangestellte in das Forumtheater einzuführen, ergaben sich für die Londoner Migrantinnen neue, positive Erfahrungen:

»They go to different countries to perform it. [...] The empowerment went so high, and they couldn't believe it that they were gonna train other domestic workers in other parts of Europe. [...] They were so proud of it. [...] Some of the women of the theatre still haven't got papers, so some of them couldn't go [...]. Some have been here for ten or twelve years, and haven't been out of the UK for so long. [...] They are often so scared to get through the immigration process. [...] because of the experience they had in the past« (Interview mit Kallyaan/United Workers' Association, 20.1.2002).

Die Auswertung⁶ der europäischen Theaterworkshops ergab, dass bei den Haushaltarbeiterinnen das Selbstbewusstsein gegenüber ihren ArbeitgeberInnen erhöht wurde: »The workshops were helpful, for now if Madame (employer) asks me something wrongly, I will ask her to say it properly, and we have to sit down and discuss when it is unfair. I think I can really tell my employer what I think« (Teilnehmerin eines Workshops, zit. in Eastwood-Krah/Burns 2001: 5). Allerdings wurden von den Teilnehmerinnen Zweifel geäußert, wie lange das Selbstbewusstsein nach den Workshops anhalten würde. In der Evaluation wurde festgestellt, dass die Teilnehmerinnen bereits vor den Workshops durch den Kontakt mit Selbsthilfeorganisationen des RESPECT-Netzwerks relativ selbstbewusst waren und sich zu wehren wussten. Dennoch profitierten die Teilnehmerinnen durch das Selbstbewusstseins- und Konfliktfähig-

6 Die Evaluation wurde veröffentlicht (Eastwood-Krah/Burns 2001) und beruht auf der Auswertung von Fragebögen, die unter den Teilnehmerinnen verteilt wurden. Der offizielle Charakter der Auswertung kann die Auswahl der Zitate o.ä. beeinflusst haben, um gegenüber der Europäischen Kommission als Geldgeberin den Erfolg des Projektes zu dokumentieren, das Ausfüllen der Fragebögen durch die Teilnehmerinnen kann ebenfalls durch sozial erwünschte Antworten beeinflusst sein.

keitstraining. Einige wurden motiviert, sich in Gruppen für die Rechte von Haushaltssarbeiterinnen zu engagieren. Auf individueller Ebene wurden Lern- und Reflexionsformen erprobt und berufliche Alternativen angestoßen: »I am trying new things here and realising that I am not only good for cleaning, ironing... all I had to do was try, to take a chance« (Teilnehmerin eines Workshops, zit. in Eastwood-Krah/Burns 2001: 6). Das Forumtheater bestärkte sie im Einfordern von Rechten und im anderen Umgang mit Situationen, in denen sie sich ohnmächtig fühlen. Dies stellt einen wichtigen Aspekt von *empowerment* dar, wie Patricia Hill Collins über das *empowerment* Schwarzer Frauen schreibt: «Offering subordinate groups new knowledge about their own experiences can be empowering. But revealing new ways of knowing that allow subordinate groups to define their own reality has far greater implications» (Hill Collins 1990: 222).

Das Forumtheater Augusto Boals formuliert als Anspruch, ausgehend von der Arbeit am individuellen Bewusstsein zu einer Verallgemeinerung zu führen. Dies wird auch beim Theaterprojekt des RESPECT-Netzwerks deutlich. Im Laufe der Befassung mit *Ana's Story* wurden Probleme der an dem Prozess beteiligten Haushaltssarbeiterinnen bearbeitet und individuelle wie politische Lösungen diskutiert. Diese Verschränkung von subjektbezogener und kollektiver Handlungsfähigkeit spielt in der politischen Praxis des Netzwerks eine wichtige Rolle und offenbart eine Stärke, die aus dem *bottom-up*-Ansatz sowie der Zusammenarbeit von selbstorganisierten Migrantinnen, Akademikerinnen und Aktivistinnen hervorgeht.

Repräsentationskonflikte

Bei der vorangehenden Beschreibung der Strategien zur Herstellung von individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit stand die ermächtigende und mobilisierende Seite von *empowerment* und Selbstrepräsentation im Vordergrund. Wie die folgenden zwei Fallbeispiele zeigen, können Prozesse der politischen Mobilisierung auch zu Selbstblockaden, Konkurrenzen und physischen Gewalttätigkeiten führen. Da *empowerment* eng mit Gemeinschaften und Kollektiven verbunden ist, treten, wie ich im Folgenden in Anschluss an Nira Yuval-Davis aufzeige, vor allem zwei Probleme auf: »The notion of ›the community‹ assumes an organic wholeness. The community is perceived as a ›natural‹ social unit« (Yuval-Davis 1994: 181). In der kollektiven Organisierung ethnischer Kollektive wird die Welt daher häufig in ›wir‹ und ›die anderen‹ geteilt und Geschlechter-, Klassen- und politische Differenzen sind dem unterge-

ordnet. Eine Kritik der auf Binaritäten beruhenden Identitäten ist jedoch nicht mit einer Absage an den organisatorischen Zusammenschluss in soziale und politische Gruppen gleichzusetzen. Das bessere verbindende Element sei das des Ziels (Yuval-Davis 1994: 189). Ein Weg, der angesichts gleicher Zielsetzungen zu einem bewussten Umgang mit Differenzen und unterschiedlichen Zugehörigkeiten führen kann, ist die Transversalität. »The idea is that each participant brings with her the rooting in her own membership and identity but at the same time tries to shift in order to put herself in a situation of exchange with women who have different membership and identity« (Yuval-Davis 1994: 193). Im transversalen Dialog wird ›das Andere‹ nicht homogenisiert und die eigene Position nicht negiert. Yuval-Davis weist auf positive Erfahrungen dieses Konzepts im Friedensdialog von Frauen in Konflikten hin (z.B. von Serbinnen und Kroatinnen). Transversale Politiken sind jedoch nicht immer möglich, insbesondere dann, wenn die Interessen unvereinbar sind. Die Grenzen des Dialogs werden durch den Inhalt, nicht durch die an ihm beteiligten Personen markiert. Die transversale Herangehensweise versucht Essentialisierungen zu vermeiden und nicht in die »pitfalls of ›identity politics‹ of the feminist, nationalist or anti-racist kinds« (Yuval-Davis 1994: 193) zu fallen. Anhand der folgenden beiden Beispiele wird deutlich, welche Folgen ein Handeln von selbstorganisierten MigrantInnen haben kann, das stark entlang ethnischer oder nationalitätsbezogener Identitäten und Kollektivitäten verläuft und in dem der Dialog unmöglich ist bzw. nicht gesucht wird. Diese Gefahren und Problembereiche werden aufgezeigt, da sie die Organisationsfähigkeit beeinträchtigen und die politischen Inhalte beeinflussen können. Weiterhin wird deutlich, dass eine transversale Organisierung über nationale und ethnische Grenzen und Konflikte hinweg vorraussetzungsreich ist und spezifische Organisierungsanstrengungen erfordert.

European Union Migrants Forum: Nationale Differenzen und Konkurrenzen

Das *European Union Migrants Forum* (EUMF) vertrat seit seiner Gründung 1991 bis zu seiner Auflösung Ende 2000 aufgrund des Entzugs der finanziellen Mittel durch die EU als einziger europäischer Dachverband der MigrantInnenselbstorganisationen gegenüber der EU offiziell die Interessen von »non-community nationals residing within the European Union and nationals of member States who have an ethnic link with countries outside the Union« (EUMF 2002b: 1). Die Entwicklung des EUMF weist auf den Zusammenhang der Ethnisierung von Migrationsidentitäten und der Organisierung im Migrationsbereich hin. Denn das

organisierende Prinzip der Repräsentation nach ethnischer respektive nationaler Herkunft führte im EUMF zu anhaltenden Zerwürfnissen, gerichtlichen Auseinandersetzungen, Konkurrenzen und der Blockade politischer Tätigkeiten. Die Konflikte waren nicht allein hausgemacht, auch die Europäische Union trug ihrerseits bei der Gründung des EUMF und durch administrative Vorgaben dazu bei: Wer galt als MigrantIn? Durften UnionsbürgerInnen (z.B. GriechInnen in Deutschland), EU-BinnenmigrantInnen, irreguläre oder eingebürgerte MigrantInnen Mitglieder sein? Für welche Gruppe von MigrantInnen galten welche Haushaltstypen? Die Europäisierung hat, so eine der Thesen der Arbeit, Effekte auf Formen der Organisierung, auf die Inhalte und die Mitgliederstrukturen.

Das European Union Migrants Forum

Die Bestimmung der Funktion und Ausgestaltung des EUMF entwickelte sich nicht an der Basis oder durch eine kontinuierliche Vernetzung von MigrantInnenorganisationen in den EU-Mitgliedsstaaten, sondern wurde – *top-down* – vom Europäischen Parlament und von der Europäischen Kommission vorgenommen (EWL 1995: 34). Im Evrigenis-Bericht des Europäischen Parlaments wurde 1985 die Idee eines »consultative body for migrants vis a vis the European Union institutions« (zit. nach EWL 1995: 39) vorgestellt, welches MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen, Gewerkschaften und antirassistische Organisationen und Institutionen umfassen sollte (Geddes 2000: 144). Ein erstes durch die Kommission eingeladenes Vorbereitungstreffen stellte Kriterien für die Auswahl von Organisationen auf. Es sollten sich im Forum insbesondere diejenigen engagieren, »whose culture comes from outside Europe« (Evrigenis-Bericht, zit. nach EWL 1995: 39). Der Vorschlag wurde 1990 durch den Ford-Bericht des Europaparlaments bekräftigt und auf einem zweiten Vorbereitungstreffen wurde an den Statuten und Zielsetzungen gearbeitet. Im Mai 1991 schließlich wurde das EUMF mit 110 Mitgliedsorganisationen und 50 beteiligten Nationalitäten ins Leben gerufen (EWL 1995: 39).

Die Gründung des EUMF war nicht unumstritten und stellte einen Eingriff in die Interessenvertretungslandschaft von MigrantInnen in der EU dar. Vor dem EUMF existierte das seit 1971 bestehende Netzwerk *Conseil des Associations Immigrés d'Europe*, welches zumeist aus Dachverbänden von ›GastarbeitsmigrantInnen‹ aus Italien, Portugal und Spanien bestand, aber auch für MigrantInnen nicht-europäischer Herkunft offen war. Anders als im Kommissionsvorschlag von 1985, mit der von der Kommission durchgesetzten Beschränkung der Mitgliedschaft auf

Drittstaatsangehörige im EUMF, wurde das *Conseil des Associations Immigrés d'Europe* gespalten: »The main umbrella organizations represented in the *Conseil des Associations Immigrés d'Europe* had been composed of associations of European migrants (mostly southern European). They were therefore left out of the Forum, along with the most active organizations and experienced leaders« (Guiraudon 2001: 170, vgl. auch Danese 1998: 719). Die Motivation der Kommission könnte darin gelegen haben, dass mit der Festschreibung der Agenda des EUMF die Kommission ihre eigenen Bedürfnisse nach politischem *input* in diesem Bereich realisierte (Guiraudon 2001: 170).

Als Arbeitsziele formuliert das EUMF: »to obtain equal rights, freedom of movement, the obliteration of racism, xenophobia and intolerance, humane approach to the right of asylum and successful building of a truly multicultural Europe« (EUMF 2002b: 1). Seit Mitte der 1990er Jahre fokussierte das EUMF auf die Bekämpfung von Rassismus, versuchte lobbypolitisch auf die Ausgestaltung des Amsterdamer Vertrags (Antidiskriminierungsartikel 13) und der Europäischen Charta der Grundrechte einzuwirken und fing an, im Bereich von Medien und der Repräsentation von MigrantInnen aktiv zu werden. Zudem wurden eher binnengerichtete Aktivitäten im Jugend- und Frauenbereich entwickelt (Interview EUMF, 14.11.2000).

Das EUMF hatte nach eigenen Angaben 189 Mitgliedsverbände mit insgesamt 2 500 Mitgliedsorganisationen in allen damaligen 15 EU-Mitgliedsstaaten (EUMF 2002a, Interview EUMF, 14.11.2000, vgl. Abbildung 16). Frankreich, Großbritannien, Belgien, Deutschland, Portugal und die Niederlande vereinigten drei Viertel der Mitgliedsverbände auf sich. Die drei Hauptherkunftsregionen waren die Türkei⁷, Afrika und der Maghreb. Wenn man die im EUMF stark vertretenen EU-Staaten dazu in Relation setzt, entsprechen diese den Hauptherkunftsregionen der dortigen Migrationsbevölkerungen. Es überrascht der geringe Anteil an Gruppen und Organisationen, in denen sich MigrantInnen verschiedener Herkunft engagieren, der bei nur sechs Prozent liegt. Gliedert man die Hauptherkunftsregionen weiter nach nationaler Herkunft auf, so ergibt sich folgendes Bild: am stärksten vertreten waren TürkInnen (21), es

7 Die Türkei habe ich keiner der anderen Großregionen zugeordnet, da die Migration aus der Türkei nach Nord- und Westeuropa prozentual und absolut im Vergleich zu anderen Regionen eine eigene Kategorie bildet, sie sehr spezielle Dynamiken (Selbstorganisierung und türkisch-kurdischer Konflikt) aufweist und das EUMF Personen aus der Türkei aufgrund der Anzahl ebenfalls als eigene Region fasst (Interview EUMF, 14.11.2000).

folgten MarokkanerInnen (16), AfrikanerInnen (14) und KurdInnen (12) (EUMF 2002a, eig. Berechnung).

Die Finanzierung des EUMF war Anlass für Konflikte innerhalb der Institutionen der EU. Finanziert wurde das EUMF von der Europäischen Kommission.⁸ Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) besagte jedoch, dass Gelder der EU nur für UnionsbürgerInnen ausgeben werden dürften. Mit Hilfe der Unterstützung anderer NGOs (*European Women's Lobby, Platform of European Social NGOs*) wurde schließlich erfolgreich eine eigene Haushaltlinie durchgesetzt (Interview EUMF, 14.11.2000).⁹ Ende 2000 stellte die Kommission jedoch aufgrund des – schon länger im Raum stehenden – Vorwurfs finanzieller Unregelmäßigkeiten und Veruntreuung die Finanzierung des EUMF ein, der Vorsitzende wurde festgenommen und die Angestellten in Brüssel entlassen. Auf nationaler Ebene arbeiten einige Gliederungen weiter, auf europäischer Ebene wurde die Arbeit mit dem Entzug der Finanzierung jedoch beendet.

Auseinandersetzungen um Repräsentation im EUMF

Die Mitgliederstruktur und Herkunftsbezüge waren für die politische Praxis des EUMF insofern zentral, als dass die Diskussion um die Repräsentation und Vertretung verschiedener Gruppen zu erbitterten Auseinandersetzungen führte (vgl. analog für Italien und Spanien Danese 1998: 719f.). Die Grundstruktur des EUMF bestand aus einer organisatorischen Einheit (»Unterstützungsgruppe«) pro Mitgliedsland und einer pro Region, die ihre eigenen Aktivitäten entwickelten und sich für die Rechte der MigrantInnen auf nationaler Ebene einsetzen. Jede Unterstützungsgruppe wählte für die Dauer von zwei Jahren eine/n PräsidentIn, die/der dem Vorstand angehörte. Als Regionen definierte das EUMF Schwarzafrika, die Türkei, Asien, Lateinamerika, Osteuropa, Nordafrika

-
- 8 Das von der EU bereitgestellte Budget des EUMF umfasste ursprünglich rund 500.000 Euro (Interview EUMF, 14.11.2000) und stieg mit den Jahren bis auf etwa 900.00 Euro an (MNS Mai 2002: 20).
 - 9 Gemeint ist das 1998 vom EuGH gefällte Urteil, das die Förderung von Projekten zur Armutsbekämpfung verbot und nach dem die Kommission alle Haushaltlinien überprüfen musste, die nicht explizit vom Ministerrat gestützt waren. Infolgedessen wurde auch die Haushaltlinie B3-4110 für die Eingliederung von Zuwanderern eingestellt, da dem die Rechtsgrundlage entzogen wurde (Wellinghoff-Salavert 1999: 21). Damit verbunden war der Wechsel der Zuständigkeit für das EUMF von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales zur Generaldirektion Justiz und Inneres (Interview EUMF, 14.11.2000).

und die Karibik, des Weiteren gab es eine Gruppe für Staatenlose, eine für Jugendliche der zweiten und dritten Generation und eine für Frauen (EUMF 2002b: 1f.; Interview EUMF, 14.11.2000). Diese Struktur schien eine ausgewogene Vertretung entlang von Fragen nationaler Herkunft und Region sowie den damit verbundenen unterschiedlichen Migrationskontexten zu ermöglichen und zudem zwei Gruppen, die strukturell schlechter repräsentiert sind, zu berücksichtigen. Die Praxis im EUMF hat jedoch von Beginn an gezeigt, dass die spezifische Struktur eher zu einer Konkurrenz zwischen den Gruppen führte bzw. aktiv von einigen Gruppen dazu genutzt wurde.

Um die konkurrierende Repräsentation von Türken und Kurden gab es während der gesamten Anfangsjahre Auseinandersetzungen. Da es bis 1995 keine Satzung gab, wurde die Struktur auf jeder Versammlung neu verhandelt (Interview EUMF, 14.11.2000). Die interviewte Vertreterin des EUMF schildert den Konflikt wie folgt:

»In 1994, 1995 und auch in 1996 gab es einen Streit zwischen den Türken und Kurden, da die Kurden überwiegend vertreten und politisch aktiver waren und am Anfang eine größere Macht hatten. Im Nachhinein haben sie versucht, die Türken einzuschränken, weil sie meinten, durch diese Verschlüsselung wären die Türken so vertreten wie sie in Europa vertreten sind und sie eigentlich Kurden, Armenier oder auch Assyrer überstimmen können, die aus der Türkei kommen. Deswegen hatten sie Befürchtungen und dann gab es 1993 eine Generalversammlung [...], es gab große Diskussionen um die türkische Gruppe und die türkischen Vertreter haben den Saal verlassen¹⁰ und sind vor Gericht gegangen. Es hat also am Anfang ganz große Probleme gegeben [...]. Das Gericht sprach den Türken zu, so vertreten zu sein, wie sie auch in Europa vertreten sind, aber dass auch die kleinen Minderheiten berücksichtigt werden, was in der Demokratie sein muss« (Interview EUMF, 14.11.2000).

Als eine Konsequenz ist die Unterstützungsgruppe der Staatenlosen (KurdInnen, AssyrerInnen, ArmenierInnen) entstanden, weil sie sich nicht in der türkischen Regionalgruppe vertreten und aufgehoben sahen. Die Konflikte um eine arbeitsfähige Struktur, die letztendlich nur durch eine Gerichtsentscheidung – und nicht etwa durch ein verbandsinternes Schiedsgerichtsverfahren – beigelegt werden konnten, haben die Arbeit des EUMF über längere Zeit bestimmt.

Nicht alle Auseinandersetzungen im EUMF waren auf nationale Konkurrenzen zurückzuführen, auch die politische Tradition in den EU-

10 Im *Migration News Sheet* (1994, Nr. 133) wird als Ursache des Auszugs der türkischen Organisationen der Protest gegen die Begrenzung auf zehn Prozent der Stimmen für eine ethnische Gruppe genannt, welches als »anti-türkisch« aufgefasst wurde, da sie rund ein Drittel der MigrantInnen ausmachten.

Aufnahmeländern spielte eine Rolle. MigrantInnen aus den Niederlanden oder Skandinavien machten multikulturelle Modelle stark, während MigrantInnen aus Frankreich republikanische Assimilationsansätze befürworteten und MigrantInnen aus Deutschland die Bekämpfung der rechtlichen Diskriminierung ganz oben auf die Tagesordnung platzieren wollten und den Zugang zu *citizenship*-Rechten, doppelter Staatsbürgerschaft oder die Anerkennung religiöser Minderheiten forderten. Dieser Ansatz trifft wiederum kaum auf MigrantInnen beispielsweise aus Großbritannien zu, wo es eine stärkere Tradition von Minderheitenrechten gibt, weshalb sie die nicht-rechtliche Diskriminierung (bspw. bei Wohnungsmieten) betonten. Entsprechend unterschiedlich waren die Vorstellungen über Organisationsansätze, von breiten Bündnissen bis hin zu ethnisch orientierten Basisgruppen (Guiraudon 2001: 171). Diese verschiedenen politischen Kulturen der Integrationspolitik und Organisationsansätze lassen sich typologisieren (Bauer 1999). Bauer unterscheidet die Typen danach, ob die Grundlage der Politik das Individuum oder ein ethnisches Kollektiv ist und ob sie auf Inklusion oder Exklusion zielt (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Migrationspolitische Hilfekulturen

	Basis: Individuum	Basis: Gruppe, Kollektiv
Zielkonzept Inklusion	Frankreich Hilfekultur: (Individual-) Inklusion durch Staatsangehörigkeit: Assimilierung Organisierung: Repräsentative MigrantInnenorganisationen und Kampagnen, Repräsentationsagenturen	Niederlande Hilfekultur: (Gruppen-) Inklusion auf ethnischer Basis: Minorisierung Organisierung: Förderung der Selbstorganisation/-vertretung ethnischer Gruppen, Minderheitennetzwerke
Zielkonzept Exklusion	Deutschland Hilfekultur: Hoheitlich-paternalistische (Individual-) Exklusion: Klientelisierung Organisierung: soziale (Betreuungs-)Verbände, Freie Wohlfahrtsverbände	Großbritannien Hilfekultur: Paternalistische (Kollektiv-)Exklusion: Ethisierung, <i>racialisation</i> Organisierung: <i>Community Care, >Race Relations Industry</i> , antirassistischer Freiwilligensektor

Quelle: Bauer (1999: 502, 506)

In Deutschland gab es beispielsweise lange einen Alleinvertretungsanspruch der drei großen freien Wohlfahrtsverbände – Caritas, Diakoni-

sches Werk und Arbeiterwohlfahrt – und die Aufteilung der jeweiligen ›GastarbeiterInnen‹ nach Nationalitäten bzw. Religionszugehörigkeiten. MigrantInnenselbstorganisationen waren faktisch aus dem Hilfe- und Beratungswesen ausgeschlossen. MigrantInnenorganisationen galten als integrationshemmend und politisch extrem. In Frankreich reagierte die Politik bis zur Wahl Mitterands 1981 ebenfalls sehr restriktiv auf selbst-organisierte Zusammenschlüsse von MigrantInnen, bis dahin waren sie verboten. Später traten die SprecherInnen der ethnischen Gemeinschaf-ten dem Staat gegenüber als anerkannte VertreterInnen auf und hatten politisches Gewicht. Andere mit MigrantInnen solidarische Organisationsformen in Frankreich sind Kampagnen (bspw. SOS Racisme oder von Intellektuellen) sowie etablierte Menschenrechtsorganisationen. Die Unterschiede verdeutlichen, dass innerhalb europäischer Netzwerke und Dachverbände wie dem *European Union Migrants Forum* sehr unter-schiedliche Ansätze und Politikvorstellungen aufeinander treffen.

Die Repräsentation von MigrantInnen in der EU

Die politische Praxis des EUMF war vor allem von zwei Konfliktebenen durchzogen, der um Repräsentationsmodi und der um unterschiedliche politische Kulturen.

Erstens hat die nationale bzw. nationalstaatliche Zugehörigkeit von MigrantInnen im EUMF eine zentrale Rolle gespielt und zu einer vehe-ment ausgetragenen Konkurrenz um Repräsentation entlang dieser Linie geführt. Es besteht die Tendenz, dass das formale Prinzip der Repräsentation nach nationaler oder ethnischer Zugehörigkeit zur Verfesti-gung ebendieser Zugehörigkeiten und Identitäten führt, weil nur so innerhalb des Dachverbandes der eigene Einfluss gesichert werden konnte. Dieser Befund könnte auch die geringe multinationale Selbstorga-nisierung erklären, da im EUMF die Diskussionen und Auseinander-setzungen zumeist entlang nationalstaatlicher Zugehörigkeit liefen. Dies ließ Gruppen an den Rand treten, die sich quer zu dieser Kategorisie- rung organisierten oder erhöhte den Druck auf diese, sich auch national-staatlich zu verorten. Trans- und multinationale oder mehrdimensionale Identitäten, deren Bedeutung tendenziell wächst und deren Relevanz für die Überwindung von hergestellten Konkurrenzen unter MigrantInnen unter anderem von der *Commission for Filipino Migrant Workers* her-vorgehoben wurde, passten nicht in diese Schemata der Repräsentation. Diese Dynamik ist vergleichbar mit Re-Ethnisierungs- oder Re-Nationa-lisierungstendenzen. Ein weiterer Grund könnte darin liegen, dass Gruppen, die sich eher themenspezifisch oder multinationally organisierten, andere europäische Dachverbände wählten, die ihren Interessen

eher entsprachen und bei denen die im EUMF prägenden Auseinandersetzungen weniger Raum einnahmen.

Die zweite Konfliktlinie im EUMF stellte die der politischen Kultur und der *citizenship*-Tradition in den EU-Einwanderungsländern in denen die MigrantInnenorganisationen tätig sind, dar, die sich auf europäischer Ebene in entsprechenden Organisationsvorstellungen und politischen Forderungen fortzusetzen scheinen. Die Reflexion über die Notwendigkeit der Entwicklung von spezifisch europäischen Ansätzen ist wenig entwickelt. Insofern überträgt sich die politische Kontextstruktur aus den EU-Einwanderungsstaaten auf die europäische Ebene und lässt die Relevanz europäischer Kontextstrukturen zumindest bei den Mitgliedsverbänden gering erscheinen.

Gruppen quer zu nationalstaatlicher Herkunft (Jugendliche, Frauen o.ä.) genossen im EUMF besondere Rechte, die ihre Repräsentation erleichterten. Jedoch war es auch in diesen Bereichen schwer, jenseits der sonst bestehenden Differenzen zu agieren. Laut der damaligen Generalsekretärin des EUMF, Suzanne Monkasa, hing der weitere Erfolg davon ab, ob die Frauen dazu bereit seien, interpersonelle Differenzen zu überwinden und an gemeinsamen Projekten zu arbeiten (EWL 1999: 81).

Mit der Auflösung des EUMF fällt die einzige offiziell anerkannte und von der Kommission finanziell relevant unterstützte Interessenvertretung für MigrantInnen weg. Daher stellt sich die Frage, ob und durch welche anderen Kanäle es weiterhin direkt oder indirekt für MigrantInnen Interventionsmöglichkeiten gibt bzw. wie sich die migrationsbezogene Interessensvertretungslandschaft Brüssels verändert. Von anderen NGOs in Brüssel wurde die Auflösung des EUMF auf europäischer Ebene als »herber Verlust« (Interview CCME, 16.7.2002) bezeichnet. NGOs, die sich für die Rechte von MigrantInnen und ethnischen Minderheiten einsetzen, sich aber in erster Linie auf Antidiskriminierungsthemen spezialisiert haben, wie etwa das Antirassismusnetzwerk ENAR, vertraten ursprünglich eine Arbeitsteilung zwischen Rassismus- und Migrationsthemen (Interview ENAR, 6.9.2001). Allerdings engagierte sich ENAR nach dem Wegfall des EUMF doch in diesem Bereich, sieht sich aber nicht in der Lage, die entstandene Lücke auszufüllen (Gespräch mit einer ENAR-Vertreterin, 16.7.2002). Zudem wird als Problem erachtet, dass die Präsenz von selbstorganisierten MigrantInnen auf europäischer Ebene mit dem Wegfall des EUMF weggebrochen ist und das Feld von *advocacy*-Organisationen bestimmt ist (Interview CCME, 16.7.2002). Ob bestimmte Gruppen von MigrantInnen weiterhin in Brüssel präsent sind, ist auch davon abhängig, über welche alternativen Vernetzungen sie verfügen. So hat sich für die philippinischen Gruppen aufgrund ihrer stabilen und professionellen Strukturen wenig geändert.

Für die politische Mobilisierung von MigrantInnen in der EU ist das Beispiel des EUMF insofern von allgemeiner Bedeutung, als an ihm deutlich wird, wie die institutionelle Strukturiertheit des europäischen Interessenvertretungsterrains die Form und politische Arbeit des Dachverbands beeinflusst. Die Entwicklung, die das EUMF genommen hat, ist zum einen aufgrund der besonderen Schwierigkeiten der Organisierung von MigrantInnen ein Einzelfall, kann meines Erachtens nach aber auch andere europäische Netzwerke und Dachverbände treffen, die *top-down* von der Kommission ins Leben gerufen wurden und strukturell mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Das Problem besteht darin, dass ohne lange Vorlaufzeit ein europäischer Dachverband entstehen muss, der in allen Mitgliedsländern möglichst viele Mitgliedsorganisationen hat. Das bedeutet, dass die Mitgliedsorganisationen sich auf die Verteilung und Besetzung von Vorstandsposten, finanziellen und personellen Ressourcen einigen müssen. Die Finanzierung wird zu Beginn oft allein von der EU geleistet, ist jedoch zunehmend an Eigenmittel gekoppelt, so dass der europäische Dachverband bei seinen Gliederungen zunehmend potenziell in Konkurrenz zu anderen Vorhaben steht.¹¹ Neben den strukturellen Herausforderungen, die eine europäische Organisierung birgt, bietet die europäische Gelegenheitsstruktur Spielräume für persönliche Profilierung und bei den meisten Dachverbänden ist die demokratische Kontrolle der FunktionsträgerInnen wenig ausgeprägt, da die europäische Ebene lange als wenig relevant galt. Daraus können sich Entwicklungen wie die des EUMF ergeben.

Sangatte: Kontroversen um die Organisierungsform und Legitimation

Zu Auseinandersetzungen um die Selbstorganisierung von irregulären MigrantInnen kam es im Herbst 2001 zwischen einer Gruppe aus der französischen *Sans-Papiers*-Bewegung aus Lille und den in Sangatte beherbergten afghanischen MigrantInnen (vgl. Chronologie im Anhang). Verschiedene Gruppen irregulärer MigrantInnen entwickelten unterschiedliche politische Ansätze, Inhalte und Strategien. Nicht nur die formale Vorgabe der Europäischen Kommission leistet Konflikten um Repräsentation Vorschub, sondern das Prinzip der ethnisch-nationalen Organisierung ist auch unter anderen Bedingungen konfliktträchtig.

11 Hans-Jörg Trenz zeigt am Beispiel von MigrantInnenorganisationen in Berlin, dass die Hoffnung auf EU-Gelder eine wesentliche Motivation zur europäischen Vernetzung darstellt (Trenz 2001a).

Terrorismusvorwurf gegenüber Afghanen

Auslöser der Kontroverse war die Absage einer Demonstration durch die afghanischen MigrantInnen in Sangatte. Nach den Anschlägen am 11. September 2001 in den USA sagten sie die bereits länger vorbereitete Demonstration aus der Gefahr heraus ab, selber für Terroristen gehalten zu werden. Demgegenüber warf eine Gruppe der französischen *Sans-Papiers*-Bewegung, das *Comité des Sans Papiers 59*¹² aus Lille (im Folgenden: CSP 59), ihnen vor, die Gefahr selbst heraufbeschworen zu haben, da sie sich als nationale – und nicht multinationale – Gruppierung organisierten.

Die afghanischen MigrantInnen, die Mehrheit der BewohnerInnen des Rote-Kreuz-Zentrums in Sangatte, verurteilten auf einer Versammlung die Anschläge vom 11.9.2001 wie auch die absehbare Konsequenz der militärischen Intervention der USA in Afghanistan (Immigrés Afghans 2001, La Voix du Nord 19.9.2001, Le Monde 20.9.2001). Sie äußerten sich zu den Anschlägen aufgrund des ihnen entgegengebrachten Misstrauens, als Muslime ebenfalls über eine Nähe zum Terrorismus zu verfügen. In der Erklärung wird zunächst auf die AfghanInnen als Kollektiv verwiesen, welches unter Jahrzehntelangem Krieg leide.

»Wir Afghanen, die unser Land wegen Krieg und Terrorismus verlassen haben, wir, die unsere Häuser, unsere Verwandten und Besitztümer verloren haben, wir, die seit über 20 Jahren Opfer einer intolerablen Ungerechtigkeit sind, erklären feierlich und ohne Einschränkung die Verurteilung aller Formen des Terrorismus, in Afghanistan genauso wie im Rest der Welt«¹³ (Immigrés Afghans 2001).

Sie brachten den Opfern in den USA ihre Empathie entgegen und distanzierten sich vom Regime der Taliban in Afghanistan: »Die Geschehnisse der letzten Tage in den USA aufgrund des Terrorismus sind schrecklich. Wir verurteilen sie entschieden und beten für die Tausenden unschuldigen getöteten Opfer und für ihre Familien« (Immigrés Afghans 2001). In ihrer Argumentation gingen sie auch auf mögliche Konsequenzen der Anschläge ein. Sie lehnten die militärische Intervention in Afghanistan zur Bekämpfung des Terrorismus ab und schlugen als Alternative die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen vor. Trotz der eindeutigen Verurteilung der Anschläge gab es das Gerücht, in Sangatte versteckten sich Terroristen (CSP 59 2001). Besonders drastisch formulierte der Rechtspopulist Bruno Megret in einer Wahlkampfrede

12 Die Bezeichnung der *Sans-Papiers*-Kollektive entspricht der Numerierung der Départements.

13 Französische Zitate wurden durch die Autorin übersetzt.

den behaupteten Zusammenhang von Terrorismusunterstützung und Sangatte: »Schlimmer noch, der Service mit italienischem Schlendrian sieht zu, wie das Netzwerk Al-Quaida von Osama bin Laden Unterstützung unter den Pensionären des Zentrums in Sangatte findet. Die militärtanten Islamisten, gratis unter uns Dank des französischen Staates, das ist wahrhaftig eine verkehrte Welt!« (Megret 2001). Die afghanischen MigrantInnen planten für den 31. Oktober 2001 in Calais eine Demonstration (vgl. Aufruf Réfugiés Afghans 2001) und setzten sich mit dem Vorwurf auseinander:

»In Calais, so hat die afghanische *community* beschlossen, werden wir demonstrieren für: die Betonung der Ablehnung des Terrorismus; für die Öffnung der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan für afghanische Flüchtlinge; für die Öffnung aller europäischen Grenzen; für verbesserte Lebensbedingungen, das heißt geringere Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung und identische Bedingungen in europäischen Staaten, wo sie sich am Besten aufgenommen fühlen« (Réfugiés Afghans 2001).

Die Demonstration wurde von den afghanischen Veranstaltern kurzfristig abgesagt (CSP 59 2001) und mit der »Gefahr der Vermischung zwischen der Demonstration und dem Aufruf des Chefs der Taliban Mullah Omar gegen den Krieg zu demonstrieren« begründet (ebd.).

Sans-Papiers kritisieren die afghanischen MigrantInnen

Das *Comité des Sans Papiers* 59 (Lille) unterstützte die Demonstration und äußerte sich kritisch zur Absage. Grundsätzlich seien sie solidarisch mit allen *Sans-Papiers* und mit den Forderungen der afghanischen *Sans-Papiers* in Sangatte. Allerdings kritisierten sie erstens die auf eine nationale oder ethnische Gruppe konzentrierte politische Mobilisierung: »Warum eine Demonstration spezifisch von Afghanen, wo doch alle *Sans-Papiers* von Sangatte nur ein Ziel haben, nach Großbritannien zu gelangen?« (CSP 59 2001). Die Ursachen dafür, dass die AfghanInnen in die Planung der Demonstration nicht mehrere Nationalitäten einbezogen, können vielerlei gewesen sein: Die thematische Fokussierung der Aktivitäten wurde auf die Anschläge in New York und die Terrorismusvorwürfe gegen Afghanen aus Sangatte gelegt; die sprachliche Abstimmung der Planung ist unter Angehörigen einer Nationalität und Sprache einfacher; es besteht eine vorgängige Separierung der Nationalitäten im Rote-Kreuz-Zentrum in Sangatte. Der letzte Aspekt verweist auf das zum Teil konfliktbeladene Zusammenleben zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten in Sangatte. Immer wieder kam es zu (Massen-)Schlägereien und körperlichen Angriffen mit Verletzten und zum Teil Toten, vor allem zwischen irakisch-kurdischen und afghanischen

MigrantInnen.¹⁴ Eine Konfliktursache lag – neben der Enge im Zentrum – in der Konkurrenz verschiedener Gruppen untereinander im Schatten-Migrationsregime. Die AfghanInnen waren von den irakischen Kurden abhängig, die das Migrationsnetz kontrollierten, das heißt die nächtlichen Fluchtversuche nach Großbritannien organisierten. Aufgrund dieser Konfliktkonstellation war es schwer vorstellbar, dass es ohne professionelle und längerfristige Vermittlung zu gemeinsamen politischen Aktivitäten gekommen wäre. Auf die unterschiedlichen Beweggründe der afghanischen MigrantInnen geht das CSP 59 nicht ein.

Zweitens kritisierte das CSP 59 den positiven Bezug der AfghanInnen auf das Asylrecht und die damit verbundenen politischen Implikationen: »Man muss berücksichtigen, dass seit Monaten vorsätzlich eine schädliche Verwirrung aufrecht gehalten wird durch die trügerische Differenzierung zwischen dem Kampf der *Sans-Papiers* und der Bewegung der Asylsuchenden« (ebd.). Die Differenzierung führe sowohl zu einer Spaltung zwischen Asylsuchenden und *Sans-Papiers*, als auch dazu, dass eine individuelle Prüfung jedes Asylantrags gefordert wurde, anstelle der kollektiven Forderung nach Bleiberecht für alle.

»Das ist der gleiche Typ von Unterscheidung, der in den 80er/90er Jahren aus den Laboratorien der OFPRA [*Office français de protection des réfugiés et des apatrides*, hs] zwischen ›politischen und ökonomischen Flüchtlingen‹ kam, der Zehntausende *Sans-Papiers* fabrizierte. Diese Unterscheidung drohte zur Falle für die demokratische antirassistische Bewegung zu werden, die sich einer Gesetzesoffensive gegenüber sah, rassistischen Dekreten der Regierung, denen nach und nach Rechte und Linke im Namen des ›Kampfes gegen illegale Immigration‹ zustimmten« (ebd.).

Der französische Premierminister Lionel Jospin – so die Einschätzung des CSP 59 – will heutzutage damit den

»bürgerlichen und demokratischen Kampf der *Sans-Papiers* für die Regularisierung beenden und macht die Unterscheidung in ›Asylbewerber‹, ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ und zu allerletzt ›Illegalen‹ wieder auf. Das CSP 59 verurteilt mit Nachdruck diese Falle, da eines der größten Eroberungen das Konzept der *Sans-Papiers* ist, welches die ›Illegalen‹ ideologisch wirkungslos macht!« (Ebd.)

Dieser Kritikpunkt des CSP 59 weist auf eine Tendenz in der französischen Politik hin. Allerdings beinhaltet der Aufruf der afghanischen MigrantInnen zur Demonstration am 31.10.2001, wenn auch nur implizit, eine Kritik an dieser politisch folgenreichen Unterscheidung. Im Titel wird durch die Nennung der möglichen Bezeichnungen der Personen in Sangatte, »Migranten? Flüchtlinge? Illegalen?« (Réfugiés Afghans/Herin

14 Vgl. *Le Monde* 13.2.2001, 19.5.2001, 22.11.2001, 17.4.2002, 3.5.2002, 19.5.2002, 7.6.2002.

2001), indirekt auf das Problem der richtigen Bezeichnung und der politischen Implikationen eingegangen. Insofern ist anzunehmen, dass die afghanischen MigrantInnen die Kritik des CSP 59 teilen, jedoch nicht über die politisch langjährige Erfahrung in Frankreich verfügen, um die derzeitige Politik in diesem Kontext einzuordnen.

Unterschiede politischer Mobilisierungen

Am Beispiel der Absage der Demonstration und der Kritik des CSP 59 am Vorgehen der afghanischen MigrantInnen lassen sich einige Unterschiede der Protestmobilisierung der MigrantInnen in Sangatte zu den Formen des Protests von *Sans-Papiers*, die in Frankreich mittlerweile als eigene soziale Bewegung gelten, aufzeigen.

Eine Ursache der unterschiedlichen Strategien liegt in der nicht vorhandenen inhaltlichen wie auch personellen Kontinuität der vom Rote-Kreuz-Zentrum ausgehenden Proteste. In Sangatte waren die Möglichkeiten der politischen Organisierung schlecht: Es fehlte an politisch erfahrenen Personen, Infrastruktur, finanziellen Ressourcen und einer längerfristig im Rote-Kreuz-Zentrum lebenden Personengruppe, um eine Kontinuität der Aktivitäten zu gewährleisten. Einer multiethnischen Organisierung stand die vor allem entlang ethnischer Linien verlaufende Segregation innerhalb des Zentrums, die Interessensunterschiede im Schatten-Migrationsregime sowie unterschiedliche Sprachen und nicht vorhandene ÜbersetzerInnen entgegen.

Die Mobilisierungen der *Sans-Papiers*-Bewegung Ende der 1990er Jahre waren nicht zuletzt deshalb so öffentlichkeitswirksam und erfolgreich, weil es mehrere charismatische Personen gab, die als SprecherInnen auftraten, wie beispielsweise Madjiguene Cissé, die durch ihr vehementes Engagement auch die Aktivität von Frauen und geschlechtsspezifische Forderungen in der Bewegung und in der Öffentlichkeit sichtbar machte (vgl. Cissé 2002). Die *Sans-Papiers*-Bewegung konnte zahlreiche Menschen zu Solidaritätsbekundungen mobilisieren, unter anderem weil sie sich als Opfer der Politik in der Öffentlichkeit darstellten (Lindemann 2001: 22, 146). Die afghanischen MigrantInnen in Sangatte verfolgten bei der Organisation der Demonstration nicht diese Strategie, um BündnispartnerInnen und öffentliche Unterstützung zu mobilisieren. Im Gegenteil, sie forderten die Öffnung der europäischen Grenzen und ihre Aktionsformen waren offensiv. In der weltpolitischen Lage nach den Terroranschlägen in den USA vom September 2001 und aufgrund der bei einem Teil der lokalen Bevölkerung vorhandenen Ressentiments gegen MigrantInnen (vgl. Delegationsberichte CCFD et al.

2000a, Gisti 2001b), galten sie daher in der Öffentlichkeit als Sicherheitsrisiko.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Protesten der in Sangatte lebenden MigrantInnen und der *Sans-Papiers*-Bewegung besteht in der ungleichen Legitimität von Forderungen zwischen den Anliegen von langjährig in Frankreich lebenden *Sans-Papiers* und den gerade illegal Eingereisten in Sangatte. Die *Sans-Papiers*-Bewegung hat ihre Forderungen von einer anderen Ausgangslage her formulieren können: Sie leben seit Jahren in Frankreich, haben zum Teil Kinder mit französischer Staatsangehörigkeit oder können Arbeit und soziale Einbindungen nachweisen. Ihre Begründung zielt darauf ab, zu zeigen, wie die französische Einwanderungspolitik sie zu Papierlosen gemacht hat. Die MigrantInnen in Sangatte hingegen haben sich nach Ansicht der Öffentlichkeit bewusst in die Situation der Illegalität gebracht und geben sich noch nicht einmal mit der Möglichkeit zufrieden, in Frankreich Asyl zu beantragen, sondern haben das ›gute Leben‹ in Großbritannien vor Augen. In dieser Situation ist es deutlich schwerer, in der Öffentlichkeit um Sympathie und BündnispartnerInnen zu werben, die nicht nur aus einer karitativen Einstellung heraus Unterstützung leisten, sondern politisch die Ziele der MigrantInnen in Sangatte unterstützen.

Die Konfliktlinien zwischen den Ansätzen politischer Mobilisierung der *Sans-Papiers* und den afghanischen MigrantInnen in Sangatte verlaufen somit auf mehreren Ebenen: einer des organisatorischen Selbstverständnisses (ethnisch/national vs. multinational), einer politisch-strategischen (ungewollter Bezug zur aktuellen Politik) und einer legitimatorischen (wer stellt welche Forderungen; Sprechposition). Die Konflikte verdeutlichen, dass sich nicht nur zwischen ›legalen‹ und ›illegalen‹ MigrantInnen, sondern auch unter verschiedenen Gruppen von irregulären MigrantInnen die aus den politischen Kontextstrukturen ergebenden Möglichkeiten anders darstellen.

Fazit: Praktische und strategische Interessen bündeln

Die strategische Kombination und Integration ökonomischer, sozialer und frauenpolitischer Ansätze ist beim RESPECT-Netzwerk wie bei anderen Frauenorganisationen im informellen Sektor charakteristisch. Die praktischen Bedürfnisse der Frauen werden mit strategischen Interessen der Veränderung hierarchischer Arbeits- und Geschlechterbeziehungen verbunden. Diese Verbindung entspricht dem *empowerment*-Begriff von Jill Bystydzienski (1992) sowie einer Kombination aus den von Foucault

benannten drei Typen von Kämpfen, »die gegen Formen der (ethnischen, sozialen und religiösen) Herrschaft; die gegen Formen der Ausbeutung [...]; die gegen all das, was das Individuum an sich selber fesselt und dadurch anderen unterwirft« (Foucault 1999 [1983]: 167). Die Organisierung der Frauen ist dabei die zentrale Strategie des Netzwerks, die auch den Unterschied zu individuellen Bewältigungsstrategien darstellt. Die Arbeit des RESPECT-Netzwerks steht in der Tradition von anderen *empowerment*-Bewegungen wie der amerikanischen *Black-Power*- und Bürgerrechtsbewegungen, Paolo Freires »Pädagogik der Unterdrückten« und Organisierungsbemühungen im informellen Sektor.

Das RESPECT-Netzwerk versucht, bisher hemmende Faktoren auf der Makroebene durch die Ausbildung einer neuen Akteursgruppe und politische Interventionen zu beeinflussen. Das konventionelle System der Interessenvertretung wird durch eine neue Akteursgruppe erweitert, da die MigrantInnen aber weder über Staatsbürgerschaftsrechte noch als Illegalisierte überhaupt über Aufenthaltsrechte verfügen, läuft die Einflussnahme z.B. informell über Medien bzw. über Vermittlungsinstanzen. Die Organisationsfähigkeit von Interessen wenig machtvoller Akteure ist daher nicht zu unterschätzen und kann sich, wie im Fall der französischen *Sans-Papiers*-Bewegung, über längere Zeit auf der politischen Agenda halten. Durch die Herausbildung neuer AkteurInnen können auf Dauer die Muster der politischen Kultur eine Veränderung erfahren. MigrantInnen bringen über Widerstandserfahrungen in den Herkunftsländern neue Formen politischer Mobilisierung mit und fordern als Nicht-StaatsbürgerInnen Partizipation und erweiterte Rechte ein. Yasemin Soysal geht so weit zu behaupten, dass sich durch die Präsenz und das Engagement von Drittstaatsangehörigen in der EU post-nationale Rechte herausbilden (Soysal 1994). Ob dem zuzustimmen ist – insbesondere mit Blick auf irreguläre MigrantInnen – ist hier nicht die (bereits viel diskutierte) Frage, vielmehr wird an ihrer Untersuchung deutlich, dass das politische System und die politische Kultur sich auf MigrantInnen einstellen. Aus Praxen wie der des RESPECT-Netzwerks entsteht auf zwei Ebenen eine neue Konfliktkultur: MigrantInnen fordern zum einen gegenüber ihren ArbeitgeberInnen grundlegende Rechte ein, zum anderen auf Ebene des Staates. Im Kapitel »Mehr Rechte für illegalisierte MigrantInnen« werden weitere Faktoren identifiziert, die zur politischen Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene beitragen: Das RESPECT-Netzwerk arbeitet zu Themen, in denen die EU Kompetenzen besitzt bzw. daran interessiert ist, ihre Kompetenzen gegenüber den Nationalstaaten auszuweiten. Das Netzwerk versteht es, seine Anliegen in die dafür passenden *framings* zu stellen und *best practice*-Vorschläge zu erarbeiten, die bei den politischen Akteuren auf Resonanzen stoßen.

Darüber hinaus schafft es das Netzwerk, inhaltliche und strategische Koalitionen mit Partnern auf europäischer Ebene einzugehen.

Der Fall des *European Union Migrants Forum* verweist auf zweierlei: Erstens wurde deutlich, dass die EU durch die *top-down*-Gründung des EUMF einen wesentlichen Einfluss auf die Form der zivilgesellschaftlichen Organisierung von MigrantInnen hatte und die Organisationsform über die Repräsentationsfrage Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedsorganisationen verschiedener nationaler Herkunft war. Zweitens lässt sich anhand der Auseinandersetzungen im EUMF die These von Eder et al. (1998) relativieren, dass transnationale Netzwerke ein Gefühl von Gemeinschaftlichkeit stiften. Die als starke Verbindung empfundene gleiche nationale oder ethnische Zugehörigkeit fördert zwar den Zusammenhalt, führt aber zur Abgrenzung gegenüber anderen, die auf längere Sicht die Entstehung eines nationalitätsübergreifenden politischen Zusammenhangs behindert. Nira Yuval-Davis hat darauf in ihrer Kritik an einem euphorischen *empowerment*-Begriff hingewiesen (Yuval-Davis 1994). Konkurrenzen, Entsolidarisierungen und auf ethnische Repräsentation beharrende Politiken sind auch im europäischen Kontext längst nicht überwunden. Das von der Europäischen Kommission *top-down* gegründete Forum schaffte es nicht, einen Modus für eine gemeinsame politische Arbeit zu finden. Die Probleme des EUMF verdeutlichen die Notwendigkeit der Verallgemeinerung partikularer Perspektiven. Einige wichtige Elemente dessen sind bei der Praxis des RESPECT-Netzwerks zu erkennen: die Formulierung von gemeinsamen Zielen, die explizite Arbeit über die Grenzen von Nationalitäten hinaus und die Reflexion einer zunächst auf philippinische MigrantInnen konzentrierten Arbeit.

Im Fall der irregulären MigrantInnen in Sangatte wurde deutlich, wie sehr ›französische‹ illegalisierte MigrantInnen ihre politische Arbeit mit der Kenntnis des politischen Systems Frankreichs, einer kontinuierlichen politischen Widerstandserfahrung und dem Bezug auf spezifische Legitimationen, die sich aus der langen – wenn auch irregulären – Aufenthaltsdauer ableiten, führen. Den aus dieser Position heraus artikulierten Anforderungen werden die afghanischen MigrantInnen aus Sangatte nicht gerecht, sie agieren ohne genaue Kenntnis der politischen Kontextstruktur. Dennoch ist der von den französischen *Sans-Papiers* geäußerte Kritikpunkt relevant, dass eine auf eine Nationalität beruhende Mobilisierung zur Spaltung in ›gute Flüchtlinge aus Afghanistan‹ und ›kriminelle und gefährliche kurdisch-irakische Schleuser‹ führen kann.